

22 Der hohe Preis des Palmöls

Menschenrechtsverletzungen und Landkonflikte in Indonesien



Ein erntereifer Fruchtstand der Ölpalme

Foto: Heiner Heine

■ Das Ende der Vernunft

In Indonesien entstehen jedes Jahr neue Ölpalmplantagen. 2009 und 2010 sind nach offiziellen Angaben Plantagen auf einer Fläche von knapp 16.400 Hektar angelegt worden, die vorher dem Nahrungsmittelanbau diente. Der schnell zunehmende Anbau von Ölpalmen – vor allem in den letzten zehn Jahren – hat zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und einer drastischen Verringerung der Ernährungssicherheit bei der lokalen Bevölkerung geführt. Die „Brot für die Welt“-Partnerorganisation Lentera hat in einer Studie Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Ölpalmplantagen in der Region Labuhan Batu in Nord-Sumatra dokumentiert.

Palmöl ist ein wertvoller Rohstoff, der in den Industrieländern für viele Produkte genutzt wird. Seien es Seife, Kosmetika, Nahrungsmittel, Brennstoff für Blockheizkraftwerke oder zur Beimischung in Agrartreibstoffe für Autos – Palmöl ist sehr vielfältig einsetzbar. In Deutschland steigt der Import von Palmöl stetig an. Er lag 2008 bei fast einer Million Tonnen. Für Indonesien war und ist Palmöl eine hochprofitable Einkommensquelle. Malaysia und Indonesien haben zusammen einen Weltmarktanteil von knapp 90 Prozent. Die Palmölexporte betragen 2008 sechs Prozent des indonesischen Bruttoinlandsproduktes. Auf 7,9 Millionen Hektar werden Ölpalmen angebaut, und es gibt darüber hinaus viele illegale Plantagen.

Nord-Sumatra war die erste Region in Indonesien, in der 1911 der Palmölanbau begann. Die Region Labuhan Batu ist in drei Distrikte unterteilt: Labuhan Batu, Süd Labuhan Batu und Nord Labuhan Batu. In der gesamten Region wurden 2008 nach Angaben des North Sumatra Statistics Boards auf über einer Million Hektar Land Ölpalmplantagen betrieben. Das ist mehr als die Hälfte der gesamten Plantagenflächen in Nord-Sumatra. Schätzungsweise zwei Drittel aller Ölpalmplantagen sind Großbetriebe, die lokalen, internationalen oder staats-eigenen Investoren gehören. Die restlichen Plantagen

werden von Kleinbauernfamilien betrieben, wobei nicht genau definiert ist, wer unter diese Kategorie fällt.

Die indonesische Regierung plant seit 2009 die Erweiterung des nationalen Ölpalmanbaus auf ungefähr 22 Millionen Hektar, was mehr als zwei Drittel der Fläche Deutschlands entspricht. Damit kommt sie den Forderungen der Palmölindustrie und des Verbandes der Palmölproduzenten (Association of Oil Palm Growers in Indonesia – GAPKI) entgegen, die bis zum Jahr 2020 40 Millionen Tonnen Palmrohöl produzieren wollen. Das bedeutet eine Verdoppelung der produzierten Menge an Rohöl, die 2010 bei 20 Millionen Tonnen lag.

Zwar hat die indonesische Regierung Anfang 2011 ein zweijähriges Moratorium für die Rodung von unberührten Regenwäldern und Torfmooren unterzeichnet, das

Die englische Langfassung der Studie „**The Loss of Reason – Human Rights Violations in the Oil-Palm Plantations in Indonesia**“ von Siagian, Saurin P; Siahaan, Amin; Buyung; Khairani, Nur steht als kostenloser Download zur Verfügung unter www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/niemand-istst-fuer-sich-allein/loss-of-reason.pdf

Fallstudie 1: Die Vertreibung von Bauern in Sukaramai

„In der Nacht des 12. April 2007 hielten plötzlich zwei Polizeieinheiten vor unserer Tür. Mehr als zehn Polizisten stiegen aus und umstellten unser Haus. Einige kamen durch die Vordertür, während die anderen die Hintertür eintraten. Mein Haus wurde behandelt, als ob es ein Versteck für Flüchtlinge wäre, obwohl mein Mann tagsüber auf den Feldern arbeitete und alle wissen mussten, dass er zuhause war. Er wurde verhaftet.“ (Ms. M., Ehefrau von B., Mitglied der Bauerngruppe Penghijauan)

Im Jahr 2007 entbrannte ein Konflikt im Dorf Sukaramai im Unterdistrikt Kualuh Hulu in Nord Labuhan Batu zwischen Bauernfamilien und dem Unternehmen Grahadura Leidong Prima (GDLP) mit seiner Tochterfirma Swaita Leidong Jaya (SLJ). GDLP ist bereits seit 1996 in der Region tätig. Damals sagte die Firma zu, 602 Hektar Land an 301 Familien in Sukaramai zurückzugeben. Nachdem dies nicht erfolgte, wurde versprochen, dass die Familien eine andere Fläche als Kompensation erhalten sollten. Auch dies geschah nicht. Statt ihre Zusage zu erfüllen, wurde das Land der Bauern an die Tochterfirma SLJ überschrieben.

Die Familien, die zur Bauerngruppe Penghijauan gehörten, besetzten daraufhin Anfang 2006 wieder das Land. Sie begannen Mais, Bananen und Gemüse anzubauen und in der Nähe ihre Häuser aufzubauen.

Es kam zu gewaltsamen Konflikten mit dem Sicherheitsdienst von SLJ. Im April 2007 erstattete die Firma schließlich Anzeige gegen die Bauerngruppe Penghijauan, und einige ihrer Mitglieder erhielten Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren.

Im Jahr 2010 wurde der Landkonflikt zwischen Penghijauan und SLJ vor Gericht verhandelt. Weder die Bauernvertreter noch ihre Rechtsanwälte waren dabei anwesend. Bei der Verhandlung wurde bekannt, dass die Distriktpolizei SLJ wegen illegaler Aktivitäten verfolgte, während die regionale Polizei die Position der Firma vertrat. Die Rechtsanwälte der Firma gaben indirekt zu, dass SLJ nicht über eine legale Zulassung für ihre Aktivitäten verfüge.

Sowohl die Bauernfamilien als auch die Firma beanspruchten für sich, einen rechtmäßigen Landtitel zu besitzen. Die Recherchen der Polizei ergaben, dass die Bauernfamilien als erste das Land bearbeiteten. Ihren Landtitel haben sie vom Dorfvorstand und dem Unterdistrikt Kualuh Hilir erhalten. Und während die Bauernfamilien seit den 1980er Jahren schon dort lebten, erhielt der Plantagenbetreiber erst Ende der 1990er Jahre eine Konzession. Allerdings wurden SLJ von der Distriktpolizei illegale Aktivitäten nachgewiesen, da sie nicht über Konzessionen für das von ihnen bewirtschaftete Land verfügen. Doch trotz dieser Eindeutigkeit konnte der Konflikt bisher nicht gelöst werden.

aber durch die intensive Lobbyarbeit von Industrie und Plantagenbesitzern sehr schwach ausgefallen ist. So bezieht es nur reine Urwälder und Sumpfbereiche ein, nicht aber andere Wälder, die ebenfalls einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und dem Erhalt der Biodiversität leisten und Lebensgrundlage für viele Menschen sind. Daher reicht das Moratorium nach Meinung von Zivilgesellschaft und Umweltverbänden nicht aus, um die Ausweitung von Ölpalmpflanzungen einzuschränken. Seit Inkrafttreten des Moratoriums hat sich auch gezeigt, dass weiter massiv Waldflächen für Ölpalmpflanzungen gerodet werden, z.T. auch in illegalen Plantagen, wie im

Fall der Malaysischen Firma PT Menteng in der Provinz Kalimantan (Mongabay 2011).

Menschenrechte und Landnutzungspolitik in Indonesien

Die Indonesische Verfassung von 1945 erkennt die Bedeutung von Menschenrechten, Landnutzung und die Rechte der Bevölkerung auf Land an, aber die nachfolgenden Gesetze und Regulierungen zeigen eine widersprüchliche Umsetzung. Zwar werden die Rechte indigener Völker und verschiedene Menschenrechte immer



Ölpalmpflanzungen in Indonesien

Foto: Heiner Heine

wieder durch Gesetze bestätigt, gleichzeitig gibt es viele Regelungen, die die Rechte beschneiden. Dazu gehören auch zwei Gesetze zur Landschaftsplanung und zur Nutzung von Wäldern, die in Verbindung mit einer Wirtschafts- und Investitionsförderung stehen.

Verschiedene indonesische Nichtregierungsorganisationen kritisieren Pläne der Provinzregierung in Nord-Sumatra, die es möglich machen, geschützte Wälder in Nutzwälder oder Ölpalmpflanzungen umzuwandeln. Auch gibt es Druck von Seiten der Palmölindustrie, Rodungen für Plantagen vor allem in Nord-Sumatra zu erlauben und diese Plantagen aus dem Moratorium der Regierung herauszunehmen.

Bei der Landvergabe kommt es immer wieder zu Konflikten, da es wenig Abstimmung und Transparenz zwischen den unterschiedlichen Ebenen der Regierung gibt. So werden Landtitel doppelt vergeben, weil die Dorfebene und die Provinz- und Distriktebene sich nicht miteinander austauschen und ihre Zuständigkeiten nicht klar geregelt sind. Während die lokale Bevölkerung ihre Landtitel auf Dorf- und Unterdistriktebene

erhalten, stellen Firmen und Plantagenbesitzer ihre Anträge auf Provinz- oder Distriktebene.

Somit ist die Grenzziehung von Dörfern und von Ackerland in vielen Fällen nicht klar, und es gibt konkurrierende Ansprüche auf Landflächen. Dies ist eine wichtige Ursache für viele Landkonflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und der Palmölindustrie und für die dadurch verursachten Menschenrechtsverletzungen.

Hinzu kommt die mangelnde Unabhängigkeit von lokalen Politikerinnen und Politikern und der Polizei gegenüber den Plantagenbetreibern. Durch die starke Verflechtung zwischen Industrie und Politik bestehen oft enge Bande, die eine Korruption begünstigen und Proteste unterdrücken. Auch die Polizei vertritt in vielen Fällen die Interessen der Plantagenbesitzer. Dies reicht von einer mangelnden Bereitschaft, Anschuldigungen von Bauernfamilien gegenüber Plantagenbesitzern zu verfolgen bis hin zur direkten Unterstützung der Firmen. All dies trägt dazu bei, die lokale Bevölkerung zu kriminalisieren und davon abzuschrecken, ihre Rechte einzufordern.

Fallstudie 2: Die Vertreibung einer Bauerngruppe in Sei Meranti

„Wir leben in einem Land ohne Regierung. Diejenigen, die Macht und Waffen besitzen, werden gewinnen. Jeden Tag leidet die Dorfbevölkerung hier unter der Gewalt und den Einschüchterungsversuchen von Militäroffizieren, Verbrechern und den Sicherheitsdiensten der Firmen. Die Bauernfamilien verteidigen nur ihr Recht auf Land für ihr Überleben.“ (D., ein Mitglied einer Bauernorganisation in Jatimulya, Dorf Sei Meranti, Süd-Labuhan Batu, 2010)

Sinar Belantara Inda (SBI) und Sumatra Riang Lestari (SRI) betreiben um das Dorf Sei Meranti herum Ölpalmplantagen. Im Konflikt zwischen SBI und der Dorfbevölkerung geht es um ca. 6.200 Hektar Land. Das wird von zwei Bauerngruppen beansprucht, Jatimulya und Himpunan Petani Pintu Gajah (HPPG), die neben Ölpalmen Reis, Cassava, Mais und verschiedene Gemüsesorten anbauen. Die Bauernfamilien pflanzen immer mehr Ölpalmen an, da dies höhere Gewinne verspricht.

Der Konflikt entstand dadurch, dass beide Parteien Landtitel von unterschiedlichen Regierungsebenen erhalten hatten. SBI behauptet, 1992 Landtitel von der nationalen Regierung erhalten zu haben, während die Dorfbevölkerung ihre Landtitel von den Dorfvorstehern und dem Unterdistrikt Togamba bekommen hat.

2009 und 2010 kam es zu gewaltsamen Konflikten zwischen der Dorfbevölkerung und dem SBI Sicherheitsdienst, der von der Forstpolizei unterstützt wurde. Anbauflächen der Bevölkerung wurden zerstört und Anzeigen gegen die Mitglieder der Bauerngruppe erstattet. Trotz Einschüchterungsversuchen und Gewalt gegen die Bauernfamilien führte die Distriktpolizei eine Schlichtung durch. Darin einigten sich die Parteien darauf, dass die Bauernfamilien keinen Anbau auf den umstrittenen Landflächen betreiben und SBI und die Forstpolizei die Dorfbevölkerung nicht angreifen.

Nach einer Ruhephase flammte der Konflikt aber wieder auf, da keinerlei Schritte unternommen wurden, ihn dauerhaft zu lösen. Ein Mitglied der Bauerngruppe wurde entführt und wird immer noch vermisst. Am 30. November 2010 kam es schließlich zu einem gewaltsamen Zusammenstoß im Dorf Sei Meranti zwischen Dorfbevölkerung und ungefähr 100 Mitarbeitern von SBI, neun Mitarbeitern der Forstpolizei, zwei Militäroffizieren und acht Managern von SBI. Zehn Bauern wurden angeschossen, vier von ihnen schwer verletzt.

Danach ermittelte die Polizei gegen vier Personen wegen der Entführung und Schüsse auf die Dorfbevölkerung, aber es wurde niemand verurteilt. Die Regierung unternahm seitdem keine Schritte, um den Konflikt dauerhaft beizulegen.

Die Auswirkungen des Palmölanbaus

Der geplante Ausbau des Palmölanbaus auf 22 Millionen Hektar zeigt, dass es einen Widerspruch zwischen den Gesetzen, die dem Schutz der Menschenrechte dienen, und einer stark wirtschafts- und investitionsorientierten Politik gibt. Dies hat dramatische Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.

Die „Brot für die Welt“-Partnerorganisation Lentera hat diese Auswirkungen in Recherchen vor Ort zusammengetragen und in Fallstudien dokumentiert (siehe Kästen).

■ Landkonflikte durch den Palmölsektor

Die Recherchen ergaben, dass jede mittlere oder große Ölpalmplantage – seien es private oder staatliche, indonesische oder ausländische Firmen – bereits einmal in einen Konflikt mit der lokalen Bevölkerung und Bauerngruppen involviert war.

In Nord-Sumatra berichteten lokale Medien im Jahr 2010 über 26 Fälle von Vertreibung, von denen 909 Familien betroffen waren. Zwei Menschen wurden demnach getötet, fünf Menschen gefoltert, und viele weitere kamen ins Gefängnis.

Im Jahr 2007 untersuchte die „Brot für die Welt“-Partnerorganisation Bakumsu neun Distrikte in Nord-Sumatra. Dort wurden mindestens 97 Fälle von Landkonflikten zwischen lokalen Bauerngruppen und der Plantagen- und Holzindustrie dokumentiert. 60 Prozent dieser Fälle waren Konflikte um Ölpalmplantagen.

In der Region Labuhan Batu wurden allein 20 Fälle von Konflikten zwischen der lokalen Bevölkerung und der Palmölindustrie gefunden. Insgesamt 5.298 Familien, die auf 6.943 Hektar Land lebten, waren von Auseinandersetzungen mit 17 Firmen betroffen.

■ Repression, Kriminalisierung und Vertreibung

Die von Lentera durchgeführten Fallstudien verdeutlichen die Auswirkungen der Landkonflikte auf die betroffenen Bauerngruppen und die Dorfbevölkerung. Palmölfirmen beanspruchen in vielen Fällen Land, auf dem Bauernfamilien leben, die ebenfalls Landtitel dafür haben. Bauernfamilien, die trotz Räumungsaufforderung bleiben oder auf ihr Land zurückkommen, um es zu bebauen, sind Einschüchterungsversuchen, Entführungen und (gewaltsamer) Vertreibung durch Polizei oder private Sicherheitsfirmen ausgesetzt.

Auch gibt es immer wieder Fälle, in denen Anzeigen erfolgen und den Bauernfamilien Gefängnisstrafen drohen. Nachweislich wurden Betroffene für mehr als 24 Stunden festgehalten, bevor ihr Fall an die Staatsanwaltschaft ging. Oft werden bei den Gerichtsverhandlungen nur die offiziellen Dokumente einbezogen, ohne die Fälle und ihre Hintergründe wirklich zu untersuchen.

■ Abnehmende Ernährungssicherheit

Die massive Ausweitung der Ölpalmplantagen in Labuhan Batu und die damit einhergehenden Vertreibungen von Bauernfamilien führen dazu, dass Menschen der Zugang zu Land verwehrt, das für die eigene Ernährung und für die Erwirtschaftung von Einkommen benötigt wird. Auch hat die Ausweitung der Ölpalmplantagen einen „Schneeball-Effekt“: Kleinbauernfamilien sehen sich gezwungen, ihren Reisanbau immer mehr auf Palmöl umzustellen, da der Reisanbau – umgeben



Gelegenheitsarbeiter mit minderjähriger Hilfskraft

Foto: Perhimpunan Lentera

von Ölpalmplantagen – äußerst schwierig ist und nur geringe Erträge möglich sind. Somit wird die Nahrungsmittelversorgung vor Ort immer knapper, und die lokalen Preise für Grundnahrungsmittel steigen.

■ Arbeitsbedingungen auf den Ölpalmplantagen

Die Fallstudien zeigen, wie die Plantagenarbeiter unter den schlechten Arbeitsbedingungen leiden. So werden Sicherheitsvorschriften nicht eingehalten, was beispielsweise die nötige Schutzkleidung und den Umgang mit Pestiziden betrifft. Gewerkschaften haben immer wieder um Anerkennung und Einfluss zu kämpfen, und ihre Mitglieder klagen über Benachteiligungen bis hin zu Repressionen. Studien zufolge sind die Löhne auf den Ölpalmplantagen seit der Kolonialzeit kontinuierlich gesunken. Während ein Arbeiter 1937 das Äquivalent zu 4,37 kg Reis pro Tag zuzüglich Sozialleistungen (wie z.B. Renten) erhielt, entsprach der Tageslohn 2007 nur noch 3,7 kg Reis ohne Sozialleistungen.

Anderen Studien zufolge sind von den 236.000 Plantagenarbeitern in Nordsumatra 80.000 Gelegenheits-

Fallstudie 3: Marginalisierte Arbeiterinnen und Arbeiter

Tolan Tiga ist eine Tochterfirma der belgischen Sipef-Gruppe, und Socfindo gehört belgischen Investoren. Beide Firmen betreiben Ölpalmplantagen in Labuhan Batu. Tolan Tiga besitzt in der Region über 8.500 Hektar Plantagenland. Socfindo betreibt Ölpalmplantagen auf über 37.000 Hektar in den Provinzen Aceh und Nord-Sumatra, davon eine Plantage in Labuhan Batu. Auf zwei Plantagen – Tolan Tiga Parlabian Sipef und Socfindo Bilah Hilir – wurden Interviews mit Angestellten zu den Arbeitsbedingungen geführt. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Beide Firmen haben ein Sanktionssystem (diper-tujuh), bei dem Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihren täglichen Soll in der Produktion nicht erfüllen, Lohn und Reis reduziert bekommen, auch wenn sie den ganzen Tag gearbeitet haben.
- Auf den Plantagen sind die Arbeitskräfte verschiedenen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken ausgesetzt. So erhalten die Arbeiterinnen und Arbeiter keine Sicherheitsausrüstung (Helm, Augenschutz, Handschuhe, Stiefel) bei der Ernte. Damit sind sie z.B. der Gefahr ausgesetzt, von den herabfallenden Ölfrüchten getroffen zu werden oder sich bei der Ernte zu verletzen.

Auch im Umgang mit Pestiziden und Dünger steht nur eine unzureichende Schutzkleidung zur Verfügung. Statt Schutzanzug, Maske, Augenschutz, Handschuhe und Stiefeln stellt die Firma nur langärmelige T-Shirts, Hosen und Masken, die keinen ausreichenden Schutz gegen Vergiftungen, Verbrennungen der Haut, Schwindel oder Atemwegserkrankungen bieten.

- Auf den Plantagen von Tolan Tiga Parlabian gibt es zwei Gewerkschaften, von denen die kleinere starken Repressionen ausgesetzt ist. Ihre Mitglieder werden immer wieder von der Firmenleitung eingeschüchtert und bedroht, dass sie zwangsversetzt werden. Daher geben viele ihre Mitgliedschaft auf.
- Bei Tolan Tiga Parlabian arbeiten ungefähr 600 Gelegenheitsarbeitskräfte (Kernet). 400 von ihnen werden nur zu Erntezeiten beschäftigt, während 200 dauerhaft dort arbeiten. Sie sind alle nicht von der Firma angestellt und erhalten deutlich weniger Lohn als die fest angestellten Arbeitskräfte und keine Sozialleistungen. Ihren Lohn bekommen sie von den angestellten Arbeiterinnen und Arbeitern, denen sie helfen, das tägliche Produktionssoll zu erreichen. Ihre Arbeitssituation ist besonders prekär.

arbeiter, die weniger als zwei Euro am Tag verdienen und keinerlei soziale Absicherung haben. Ungefähr weitere 68.000 Arbeiter, die schlechte Palmfrüchte auf-sammeln, erhalten nur einen Euro pro Tag (KPS 2009). Eine gängige Praxis ist, dass viele Arbeiter, die dauerhaft auf den Plantagen arbeiten, von Gelegenheitsarbeitern („Kernet“) unterstützt werden, um ihre Produktionsziele zu erfüllen. Die Kernet sind meist Familienmitglieder oder Landarbeiter aus den Dörfern in der Nähe. Ihre Arbeit wird zum Produktionsziel der Plantagenarbeiter zugerechnet, die ohne diese Unterstützung ihre Ziele oft nicht erreichen können. Sie sind nicht direkt von der Firma angestellt, sondern werden von den Arbeitern bezahlt, sodass die Firmen ihnen gegenüber keinerlei Verpflichtungen zu Sozialleistungen und Arbeitsschutz haben.

Der Ölpalmanbau verletzt massiv die politischen und zivilen Menschenrechte der örtlichen Bevölkerung, die unter Vertreibung, Gewalt und mangelnder Mitsprachemöglichkeit zu leiden hat. Der verwehrte Zugang zu Ressourcen verletzt die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte), insbesondere das Recht auf Nahrung. Das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (free prior and informed consent) aus dem UN Abkommen zu indigenen Völkern, wird von der Regierung zwar anerkannt, aber in der Praxis nicht umgesetzt.

Der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)

Einige Firmen der indonesischen Palmölindustrie sind Mitglieder des Runden Tisches für Nachhaltiges Palmöl

Fallstudie 4: Umgang mit Mitgliedern von Bauerngruppen

„Obwohl ich auf der Plantage gearbeitet habe, gehört es untrennbar zu meinem Leben, auch eigenen Anbau zu betreiben. Ich bin nie zu Frieden, wenn ich nicht solche Dinge (Anmerkung: Nahrungsmittel) auf meinem Land sehe, so war es seit meiner Geburt. [...] Wenn ich ins Zimmer des Direktors kam, wurde ich bespuckt und aus dem Raum geworfen.“ (Mr. S., 84 Jahre, ehemaliger Arbeiter bei PTPN III, entlassen ohne Entschädigung oder Rentenzahlungen)

Der staatliche Konzern PTPN III ist in der Palmöl- und Kautschukindustrie tätig. Er betreibt Ölpalmplantagen auf 105.067 Hektar. PTPN III ist Mitglied des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) und wird vom TÜV Rheinland Malaysia für den RSPO zertifiziert. Dennoch ist PTPN III in verschiedene Landkonflikte involviert. In Marbo Selatan sind dies Auseinandersetzungen mit neun Bauerngruppen bzw. 599 Familien um insgesamt 1.343 Hektar Land. Zwei Beispiele davon sind:

- Der Konflikt in Leuweng Hideng hat sich zwar beruhigt, kann aber jederzeit wieder ausbrechen. Die 48 betroffenen Familien haben nur 184 Hektar Land besetzen können, auf denen sie hauptsächlich Ölpalmen anbauen, neben einigen Gemüseärten.

- Im Dorf Sidodadi Kebun Sayur sind 52 Familien betroffen, die versuchen, 72 Hektar Land wiederzuerlangen. Die Familien wurden von Angestellten von PTPN III angegriffen, und zwei ihrer Mitglieder wurden der Kriminalität beschuldigt.

Arbeitskräfte bei PTPN III, die Mitglied einer Gewerkschaft oder einer Bauerngruppe sind, müssen schwere Benachteiligungen fürchten. Ein Beispiel ist Mr. S., ein Arbeiter, der nach 23 Jahren Arbeit für PTPN III keinerlei Rentenzahlungen erhielt, weil er Mitglied der Gewerkschaft Indonesian Peasants Union (CSO Petani) in Labuhan Batu war. In dieser Funktion hat er u.a. Land von PTPN III für die Bauernfamilien zurückgefordert. Bis heute sind große Teile des Landes nicht zurückgegeben, und S. fürchtet, dass die nächste Generation endgültig vom Land vertrieben wird.

Neben ihm wurden im Januar 2011 sieben weitere Plantagenarbeiter bestraft, die Mitbegründer der Bauerngruppe sind. Ohne Angaben von Erklärungen wurden sie in eine abgelegene Gegend von Marbo Selatan versetzt. Durch diese Versetzung wird den Bauern die Möglichkeit genommen, ihren Lebensunterhalt durch den Anbau auf ihrem eigenen Land aufzubessern, und ihre Familien verlieren jegliche soziale Kontakte.

(Roundtable on Sustainable Palm Oil – RSPO), darunter die Firmen PTPN III, Tolan Tiga und Socfindo aus den Fallstudien.

Der RSPO ist ein Zusammenschluss von Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen und bemüht sich, nachhaltige Anbaumethoden für Palmöl zu fördern und so die Umweltschäden zu minimieren. Dafür hat der RSPO Prinzipien und Kriterien aufgestellt, die die nachhaltige Produktion von Palmöl sicherstellen sollen. Mit dazu gehört ein verantwortungsvoller Umgang mit Angestellten und einzelnen Personen und Gemeinden, die von den Produzenten und Ölmühlen betroffen sind. Das bedeutet u.a.:

- dass Minimalstandards und der Bedarf nach ausreichenden Löhnen für die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards eingehalten werden (Prinzip 6.5)

und

- dass Arbeitgeber die Rechte aller Angestellten auf Bildung und Mitgliedschaft bei Gewerkschaften und das Recht auf gemeinschaftliche Verhandlungen respektieren müssen (Prinzip 6.6).

Wie die Fallbeispiele zeigen, verstoßen Firmen in Indonesien massiv gegen diese Prinzipien des RSPO, ohne dass sie bisher mit Sanktionen belegt wurden.

Forderungen

Die in der Studie dokumentierten Landkonflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und der Palmölindustrie zeigen die dramatischen Auswirkungen des Ölpalmanbaus auf die Menschenrechte und die Ernährungssicherheit der Menschen vor Ort. Lentera formuliert in der Studie daher folgende Forderungen:

Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)

■ Der RSPO soll die in dieser Untersuchung identifizierten Firmen mit Sanktionen belegen, da sie in schwerwiegender Weise gegen die Prinzipien und Kriterien des RSPO verstoßen.

Indonesien

■ Das Forstministerium soll keine weiteren Titel für neue Konzessionen zur Erreichung des Ziels von 22 Millionen Hektar Anbauflächen für Ölpalmen vergeben.

■ Das Forstministerium, die Nationalpolizei und das Landwirtschaftsministerium sollen sofortige Maßnahmen gegen staatliche und private Firmen ergreifen, die um Ölpalmplantagen herum Bauerngruppen und lokale Dorfbevölkerung gewaltsam vertreiben.

■ Die Nationale Landagentur soll schnellstmöglich Lösungen in den Landkonflikten zwischen Bauerngruppen und Palmölproduzenten herbeiführen und dabei den Interessen der verletzlichsten Gruppen, wie z.B. Kleinbauernfamilien, Frauen und Kindern, Priorität einräumen.

Deutschland

■ Die deutsche Regierung soll einen Importstopp für Palmöl beschließen, bis sichergestellt werden kann, dass die Produktion von Palmöl nicht zu der Vertreibung von Bauern, verstärkter Ernährungsunsicherheit und Abholzung führt.

■ Regierung und Banken in Deutschland und Europa sollen keine weitere Expansion des Palmölanbaus in Indonesien finanzieren.

Quellen

KPS (2009): Sistem Pengupahan di Perkebunan, Manginar Situmorang dan Hotler Parsaoran Sitorus, Penerbit

Mongabay (2011): Malaysian palm oil company violates Indonesia's logging moratorium, http://news.mongabay.com/2011/0616-eia_telapak_menteng.html [21.01.2012]

Herausgeber:

Diakonisches Werk der EKD e.V. für die Aktion „Brot für die Welt“, Stafflenbergstraße 76, 70184 Stuttgart
 Telefon: 0711/2159-568, E-Mail: kontakt@brot-fuer-die-welt.de, www.brot-fuer-die-welt.de
 Autorin: Christine Lottje, Redaktion: Carolin Callenius, Jörg Jenrich
 Layout: Jörg Jenrich,
 V.i.S.d.P.: Thomas Sandner

Art.Nr.: 129 500 630

Spenden:

Brot für die Welt
 Kontonummer: 500 500 500
 Bank für Kirche und Diakonie
 BLZ: 1006 1006
 IBAN: DE10100610060500500500
 BIC: GENODED1KDB

03/2012

Die englischsprachige Studie „The loss of reason – Human Rights Violation in the Oil-Palm Plantations in Indonesia“ steht als kostenloser Download zur Verfügung unter www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/niemand-isst-fuer-sich-allein/loss-of-reason.pdf